

A2NEU Grundwerte: Die Werte, die uns einen

Antragsteller*innen:

Text

(1) Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit. Jeder Mensch ist einzigartig und frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Die universellen und unteilbaren Menschenrechte sind Anspruch und Maßstab unserer Politik.

(2) Die Werte, die unsere Politik tragen, sind Ökologie, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Demokratie und Frieden. Dieses Fundament bildet für uns die Grundlage für eine solidarische Gesellschaft, in der sich die Freiheit der und des Einzelnen auch in der Achtung der Anderen als Gleiche sowie in ihrer Würde und Freiheit entfaltet.

(3) Diese Werte, die auf dem Prinzip der Menschenwürde beruhen, ergänzen sich nicht nur, sie stehen mitunter auch im Widerstreit. Werteorientierte Politik braucht also Gespräch und Streit, Gestaltung und Erneuerung. Nur ein geschlossenes Weltbild kennt keine Widersprüche. Eine demokratische Gesellschaft realisiert sich weder in Werte- oder Regellosigkeit noch in starren Dogmen, sondern indem das Verhältnis der Werte zueinander immer wieder konkret ausverhandelt wird. Das ist grundlegende Voraussetzung für die Legitimität von Politik.

(4) Politik gestaltet die Wirklichkeit im Heute für das Morgen, im Bewusstsein für das Gestern und in der Verantwortung für zukünftige Generationen. Ohne Woher kein Wohin. Wir blicken nach vorne, im Wissen um die geglückten Erfahrungen und Katastrophen unserer Geschichte. Als Europäer*innen handeln wir im Bewusstsein einer Verantwortung für globale Gerechtigkeit auf Grundlage der Bürger- und Menschenrechte, wie sie sich in Deutschland im Grundgesetz manifestieren. Die Lehren aus den Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Verpflichtung.

(5) Unsere Politik richtet sich an alle Menschen. Wir verstehen uns als Bündnispartei, die auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen offen ist für unterschiedliche Erfahrungen, Vorstellungen und Ansätze. Sie orientiert sich nicht an der Summe einzelner Interessen oder einzelner Gruppen, sondern verbindet verschiedene Interessen zu einer gemeinsamen Vision für die Zukunft. Das kann anstrengend sein, aber nur so entsteht aus den vielen

64 verschiedenen
65 Erfahrungen und Ideen Neues.

66 (6) Jede Zeit hat ihre Aufgabe. Die Aufgabe unserer Zeit ist, eine krisenfeste
67 Gesellschaft
68 demokratisch zu gestalten. Dazu ist Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität,
69 Vorsorge und
70 Gerechtigkeit neu zu definieren und die Politik darauf auszurichten. Um Krisen
71 zu meistern,
72 braucht es Zusammenhalt – in einer Gesellschaft, die allen Bürger*innen die
73 gleichen Rechte
74 und Möglichkeiten gewährt, die die Unterschiedlichkeit von Menschen und Regionen
75 als Stärke
76 und Wert begreift, die Minderheiten schützt und die Spannungen durch Respekt
77 ausgleicht. Wir
78 streben nach einem gemeinsamen Wir in einer vielfältigen Gesellschaft.

79 Ökologie

80 (7) Die Umwelt des Menschen zu schützen und zu erhalten ist Voraussetzung für
81 ein Leben in
82 Würde und Freiheit. Sauberes Wasser und saubere Luft, Artenvielfalt und
83 fruchtbare Böden
84 sind notwendige Bedingungen für unsere Entfaltungsfreiheit und Emanzipation.
85 Eine Politik,
86 welche die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, erhält die Möglichkeit zur
87 Selbstbestimmung
88 für uns und künftige Generationen. Das 21. Jahrhundert ist das Zeitalter des
89 Anthropozän.
90 Darin ist der Mensch zum entscheidenden Einflussfaktor dafür geworden, wie sich
91 unsere Erde
92 verändert. Die Natur braucht uns nicht. Wir brauchen sie.

93 (8) Das Wissen um die planetaren Grenzen ist Leitlinie unserer Politik. Denn
94 wenn wir durch
95 unser Handeln die ökologischen Belastungsgrenzen in Bereichen wie Artenvielfalt,
96 Klimaerhitzung oder Meeresversauerung überschreiten, sind die Stabilität unseres
97 Ökosystems
98 und die Lebensgrundlagen der Menschen gefährdet. Es ist unsere Aufgabe, uns
99 durch
100 sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt zum Wohle der
101 Menschen so
102 nachhaltig weiterzuentwickeln, dass wir unsere Lebensgrundlagen bewahren und den
103 Weg in die
104 ökologische Moderne einschlagen.

105 (9) Wir haben nur diese eine Erde, in ihrer Schönheit und natürlichen Vielfalt.
106 Menschen
107 sind nicht die einzigen Lebewesen, die fühlen. Daher ist es Pflicht für uns
108 Menschen, das
109 Wohl von Tieren und die gesamte lebendige Natur zu schützen.

110 (10) Eine intakte Umwelt ist Voraussetzung für Gesundheit. Der Erhalt unserer
111 natürlichen
112 Lebensgrundlagen und die Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise verhindern
113 massive
114 Gesundheitsschäden und schützen im Sinne der Vorsorge die Gesundheit zukünftiger
115 Generationen.

116 (11) Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Ziel einer nachhaltigen
117 Entwicklung
118 ist auch die ökologische Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Es ist unsere
119 Verpflichtung, ihnen faire Handlungsspielräume und Entscheidungsfreiheiten zu
120 ermöglichen.

121 (12) Die Klimakrise und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen verschärft
122 bestehende
123 Ungleichheiten und trifft damit insbesondere Frauen. Ökologische Maßnahmen
124 müssen von Frauen
125 mitgestaltet werden. Nachhaltigkeit bedeutet auch Geschlechtergerechtigkeit.

126 (13) Unter der Zerstörung der Natur leiden diejenigen früher und am stärksten,
127 die dazu am
128 wenigsten beitragen und ihr am wenigsten entgehen können. Wo reiche Menschen
129 sich noch
130 teilweise anpassen können, spüren andere die Folgen mit brutaler Härte. Ökologie
131 und
132 Klimapolitik sind eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Jedoch können
133 ökologische
134 Maßnahmen in Widerspruch zu sozialen Interessen geraten. Daher muss ökologische
135 Politik
136 soziale Interessen immer miteinbeziehen.

137 (14) Wir denken Ökologie global. Ein Leben in Würde und Freiheit bedeutet ein
138 Recht aller
139 Menschen auf Selbstbestimmung und Teilhabe. Globale Umweltgerechtigkeit nimmt
140 die
141 historische Verantwortung der Industriestaaten für die Zerstörung der Umwelt in
142 den Blick.
143 Deshalb sind wir in der Pflicht, die ökologischen und sozialen Kosten unseres
144 Wirtschaftens
145 zu reduzieren, statt sie in andere Weltregionen zu verlagern, sowie diejenigen
146 zu
147 unterstützen, die schon heute stark von Umweltzerstörungen betroffen sind und
148 das in Zukunft
149 noch stärker sein werden.

150 (15) Eine nachhaltige Wirtschaftsweise schützt nicht nur Lebensgrundlagen,
151 sondern erhöht
152 auch Wohlstand und Lebensqualität. Das erfordert eine grundlegende
153 Dekarbonisierung unserer
154 Wirtschaft und unserer Lebensweise, für die in den kommenden
155 Jahrzehnte erhebliche
156 Investitionen notwendig sind.

157 (16) Der Weg in die ökologische Zukunft sichert Demokratie und Selbstbestimmung
158 für heute
159 und für künftige Generationen. Sonst verlieren wir, was wir mit dem Klima
160 schützen: Freiheit
161 und Würde. Demokratische Verfahren bringen die Kreativität und den
162 gesellschaftlichen
163 Zusammenhalt hervor, die es zur Bewältigung der ökologischen Krisen braucht.

164 **Gerechtigkeit**

165 (17) Die Würde und Freiheit des Menschen werden in einer gerechten und
166 solidarischen
167 Gesellschaft verwirklicht. Solidarität schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt.
168 Gerechtigkeit heißt für uns gleiche und größtmögliche Freiheit für alle. Sie ist
169 die
170 Grundlage für ein gutes Leben.

171 (18) Gerechtigkeit bedeutet mehr als ein Leben ohne Armut. Soziale Gerechtigkeit
172 braucht
173 einen starken Sozialstaat, der nicht nur materielle Sicherheit und Teilhabe
174 gewährleistet
175 und Menschen vor Armut schützt, sondern über starke öffentliche Räume und
176 Institutionen die
177 Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes, glückliches Leben schafft. Jeder
178 Mensch hat das Recht auf
179 materielle Sicherheit und soziale Teilhabe sowie ein Leben frei von
180 existenzieller Not.

181 (19) Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht, gleichberechtigt am
182 gesellschaftlichen Leben
183 teilzunehmen. Das verlangt starke öffentliche Räume und Institutionen – gute
184 Schulen,
185 Schwimmbäder und Sportplätze, Bibliotheken und Theater, einen gut ausgebauten
186 öffentlichen
187 Nahverkehr, Internetversorgung für alle, gute gesundheitliche Versorgung und
188 gleichwertige
189 Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land. In Zeiten der
190 Individualisierung, in der
191 sich viele Menschen einsam fühlen, sind solche Orte von besonderer Bedeutung.

192 (20) Die Finanzierung dieser gerechten Gesellschaft und einer starken
193 Daseinsvorsorge ist öffentliche Aufgabe.

194 (21) Gute Bildung ist Voraussetzung für Gerechtigkeit. Wir brauchen ein
195 ganzheitliches und
196 am Menschen ausgerichtetes Bildungssystem. Das Vertrauen, dass wir die Zukunft
197 für uns und
198 die Generationen nach uns bewahren und gestalten können, ist ein notwendiger
199 Antrieb für
200 gesellschaftlichen Fortschritt.

201 (22) Eine Gesellschaft ist dann sozial, wenn ihr Wohlstand gerecht verteilt ist.
202 Unregulierter Kapitalismus produziert Ungleichheit und Machtkonzentration. Zu

203 große
204 Ungleichheit bedroht den Zusammenhalt der Gesellschaft und damit einen Pfeiler
205 der
206 Demokratie. Aufgabe von Politik ist es, durch Regulierung, Investitionen und
207 Steuern
208 Ungleichheit zu reduzieren und einen Ausgleich zu schaffen. Große Vermögen
209 bringen soziale
210 Verpflichtungen mit sich.

211 (23) Alle Menschen sollen unabhängig unabhängig von geschlechtlicher und
212 sexueller Identitäten der Gesellschaft teilhaben können.
213 Gerechtigkeit bedeutet, dass bezahlte und unbezahlte Arbeit, Einkommen, Zugang
214 zu Bildung,
215 Eigentum und Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht verteilt sind.

216 (24) Wirtschaft dient dem Menschen und nicht andersherum. Soziales und
217 ökologisches
218 Wirtschaften schafft, im Rahmen der ökologisch vertretbaren Grenzen, Innovation
219 und Fortschritt und trägt so zu einer gerechten Gesellschaft
220 bei. Dafür braucht es gemeinsame Regeln, die fairen Wettbewerb ermöglichen und
221 die
222 Konzentration von Macht verhindern. Eine am Gemeinwohlorientierte, sozial-
223 ökologische Marktwirtschaft trägt dazu bei,
224 dass Menschen sich verwirklichen können, Informationen effektiv genutzt werden,
225 Wohlstand
226 zum Wohle aller und nicht auf Kosten zukünftiger Generationen, entsteht und die
227 Versorgung mit grundlegenden Gütern gewährleistet ist.

228 (25) Um globale Gerechtigkeit zu ermöglichen, muss das Weltwirtschaftssystem ein
229 sozial-
230 ökologisches werden, das nach demokratischen Regeln organisiert ist und auf der
231 Grundlage
232 von Kooperation und Solidarität beruht.

233 Selbstbestimmung

234 (26) Menschen begegnen sich als Gleiche – in ihren Rechten und ihrer
235 Würde. Selbst über das
236 eigene Leben bestimmen zu können, macht die Würde und Freiheit eines Menschen
237 aus. Politik
238 hat die Aufgabe, die Freiheit und das Recht zur Selbstbestimmung zu schützen.
239 Sie erkennt
240 Unterschiede an und verhindert undemokratische und damit ungerechtfertigte
241 Herrschaft.
242 Voraussetzung für Selbstbestimmung, Freiheit und eine freie Entfaltung ist eine
243 Gesellschaft, in der weder der soziale Status, das Geschlecht oder die Herkunft
244 noch die
245 Religion oder äußere Merkmale noch das Alter oder die körperliche Verfassung
246 noch die
247 sexuelle Orientierung oder die sexuelle Identität einen Einfluss darauf haben,
248 wer

249 dazu gehört und wer nicht. Freiheit muss gesellschaftlich aktiv ermöglicht
250 werden.

251 (27) Selbstbestimmtes Leben ist auf soziale, rechtliche, demokratische und
252 ökologische
253 Voraussetzungen angewiesen, sonst bleibt es das Privileg weniger. Freie
254 Entfaltung braucht
255 Sicherheit und Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Informationelle
256 Selbstbestimmung und
257 informationstechnische Sicherheit sind im digitalen Zeitalter zu garantieren.

258 (28) Selbstbestimmtes Leben setzt wirtschaftliche Freiheit voraus. Die Freiheit,
259 den Beruf
260 zu wählen, Verträge zu schließen und ein Gewerbe oder Unternehmen zu gründen,
261 gehört dazu.
262 Jede und jeder hat das Recht, in einer Gewerkschaft für gute Arbeitsbedingungen
263 und Löhne zu
264 kämpfen. Wirtschaftliche Freiheit gewährleistet Eigentumsfreiheit, die sozial
265 verpflichtet.

266 (29) In einer Welt, die geprägt ist von steigenden Anforderungen an jede*n
267 Einzelne*n, in der alle immer
268 schneller, anpassungsfähiger und immer besser sein müssen, darf es auch Schwäche
269 geben.
270 Jeder Mensch verdient Wertschätzung und Anerkennung für seine individuellen
271 Lebensentscheidungen, solange sie nicht zulasten Dritter gehen.

272 (30) Freiheit bedeutet Verantwortung für sich selbst und für andere. Sie fordert
273 Individuen
274 und Gesellschaft heraus. Sie verlangt uns allen etwas ab. Freiheit und
275 Selbstbestimmung
276 finden ihre Grenze dort, wo durch sie anderen Menschen und zukünftigen
277 Generationen Freiheit
278 und Selbstbestimmung genommen werden. Nur demokratische und rechtsstaatliche
279 Verfahren
280 können die Einschränkung von Freiheit und Selbstbestimmung legitimieren.

281 (31) Eine gleichberechtigte Gesellschaft ist eine, in der Frauen selbstbestimmt
282 über ihr
283 Leben und ihren Körper entscheiden können. Das setzt die Emanzipation von
284 Verhältnissen der
285 Unterdrückung und der Gewalt voraus. Wir stehen an der Seite von Frauen, die
286 global für ihr
287 Selbstbestimmungsrecht streiten.

288 (32) Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie haben eigene Rechte auf
289 Förderung ihrer
290 Entwicklung, auf Schutz, Teilhabe und Bildung. Selbstbestimmung ist nur möglich,
291 wenn allen
292 Kindern und Jugendlichen gleiche Entwicklungs- und Teilhabechancen gegeben
293 werden.

294 Demokratie

295 (33) Demokratie heißt gleiche politische Freiheit für alle. Die Demokratie lebt
296 von

297 Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann. Deshalb braucht sie
298 Demokratinnen
299 und Demokraten. Demokratie steht nie still. Sie entwickelt sich immer weiter.
300 Demokratie ist
301 die Staatsform, die zur Selbstkorrektur in der Lage ist.

302 (34) Demokratie ist mehr als die Herrschaft der Mehrheit, denn sie garantiert
303 den Schutz von
304 Menschen-, Freiheits- und Minderheitenrechten auf Grundlage eines liberalen
305 Rechtsstaates.
306 Sie braucht Bürger*innen, die sie aktiv verteidigen und ihr immer wieder neue
307 Kraft geben.
308 Das ist der beste Schutz gegen die Zerstörung von innen.

309 (35) In einer Demokratie eignen sich Menschen ihre Zukunft gemeinsam an und
310 verwandeln
311 äußeres Geschehen in gemeinsame Entscheidungen. Demokratie ist anstrengend. Sie
312 braucht
313 respektvollen Streit genauso wie den Kompromiss. Voraussetzung für die
314 gleichberechtigte
315 Teilhabe aller ist die politische Gleichheit der Menschen, die durch Bürger- und
316 Menschenrechte garantiert wird. Demokratie braucht Freiheit und ist sogleich an
317 soziale
318 Voraussetzungen und Solidarität gebunden.

319 (36) Gewaltenteilung und ein starker Rechtsstaat tragen eine demokratische
320 Gesellschaft. Der
321 Rechtsstaat verankert das Gewaltmonopol des Staates und hegt es ein.

322 (37) Wir stehen für eine inklusive, vielfältige Demokratie. In einer immer
323 diverser
324 werdenden Gesellschaft sehen wir die Aufgabe, Unterschiede anzuerkennen und
325 Gleichberechtigung zu schaffen. Demokratie ermöglicht ein gesellschaftliches
326 Wir, das nicht
327 in Partikularinteressen auseinanderfällt. Sie wird reicher durch den Respekt vor
328 verschiedenen Erfahrungen.

329 (38) Allen geschlechtlichen Identitäten und Orientierungen kommt in der
330 Demokratie gleiche Gestaltungs- und Entscheidungsmacht
331 zu. Um Sie an allen demokratischen Prozessen gleichberechtigt zu beteiligen,
332 braucht es
333 Parität sowie Lebensbedingungen, die allen ermöglichen, Erwerbs- und
334 Familienarbeit sowie
335 gesellschaftliche und politische Arbeit zu vereinbaren.

336 (39) Demokratie ist eine öffentliche Angelegenheit. Der demokratische
337 Meinungsstreit braucht
338 eine starke und lebendige Zivilgesellschaft, Engagement und Bürgerbeteiligung,
339 starke und
340 freie Medien sowie gute Bildungseinrichtungen. Für die offene Auseinandersetzung

341 nach klaren
342 Regeln braucht Demokratie immer wieder Innovationen und Parteien, in denen sich
343 Menschen
344 zusammenfinden, um Meinungen zu bündeln und sich mit Programmen und Haltungen
345 der
346 öffentlichen Debatte und der Entscheidung zu stellen.

347 (40) Demokratie ist darauf angewiesen, dass sich Menschen einmischen und
348 repräsentiert
349 sehen. Demokratie braucht Zugänge und auch direkte Beteiligung, um die
350 unterschiedlichen
351 Perspektiven und Positionen in den demokratischen Prozess einbringen zu können.

352 (41) Demokratie beruht auf nachvollziehbaren Entscheidungswegen und auf
353 Transparenz über
354 Einflussnahme – etwa durch Unternehmen, Lobbyismus oder andere Staaten. Ein zu
355 starker
356 Einfluss bestimmter Gruppen und ökonomischer Interessen untergräbt die
357 Eigenständigkeit und
358 Glaubwürdigkeit politischen Handelns und muss eingegrenzt werden.

359 (42) Der Schutz, die Förderung und die Gewährleistung der Menschenrechte sind
360 konstitutiv
361 für die Demokratie. Sie sind insbesondere in den Menschenrechtskonventionen der
362 Vereinten
363 Nationen, in der Europäischen Menschenrechtskonvention, in der Grundrechtecharta
364 der
365 Europäischen Union sowie im Grundgesetz verbindlich garantiert.

366 (43) Der Föderalismus in Deutschland ist eine Lehre aus dem düstersten Kapitel
367 unserer
368 Geschichte und verhindert zentralstaatliche Übergriffe auf die Bürgerrechte. Er
369 verpflichtet
370 zur Kooperation. Das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen sichert
371 demokratische und
372 soziale Stabilität. Es stärkt vielfältige Regionen und sorgt für eine nahbare,
373 ansprechbare
374 Politik. Im Streben nach gleichwertigen Lebensverhältnissen tragen Bund und
375 Länder
376 gemeinsame Verantwortung.

377 (44) Die europäische Integration ist grundlegend – sie zu einer Föderalen
378 Europäischen
379 Republik ökologisch, sozial und demokratisch weiterzuentwickeln ist
380 Voraussetzung und Teil
381 einer demokratischen Gestaltung globaler Fragen.

382 **Frieden**

383 (45) Gelebte Freiheit und garantierte Würde benötigen Frieden. Das Zusammenleben
384 der
385 Menschen fußt auf der Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei und friedlich zu lösen und
386 die

387 Menschenrechte aller zu wahren. Wo Gewalt friedliche Politik verneint, können
388 Menschenrechte
389 und Gewaltfreiheit in Konflikt geraten. Wir setzen auf die Mittel der Politik,
390 die dem Geist
391 der Kooperation in globaler Verantwortung entsprechen.

392 (46) Würde, Freiheit und Gleichheit ergeben sich aus der Universalität und
393 Unteilbarkeit der
394 Menschenrechte. Die verbrieften Menschenrechte sind nicht verhandelbar – weder
395 gegenüber
396 machtpolitischen oder wirtschaftlichen Interessen noch gegenüber einem
397 kulturellen
398 Relativismus. Die Würde jedes Menschen ist unantastbar. Dies zu gewährleisten
399 ist
400 Verpflichtung nationaler und internationaler Politik. Wir tragen als
401 internationale
402 Gemeinschaft Verantwortung, gegen Menschenrechtsverletzungen und Völkermord im
403 Rahmen der Vereinten Nationen vorzugehen.

404 (47) Gewaltfreiheit ist mehr als die Nichtanwendung von physischer Gewalt,
405 Frieden mehr als
406 die Abwesenheit von Krieg. Kooperation, Dialog, demokratischer Ausgleich von
407 Interessen und
408 die Stärke des Rechts, genauso Multilateralismus, internationale Partnerschaft
409 und
410 europäische Einigung sind der Weg, um globale Herausforderungen, vor denen die
411 Menschheit
412 als Ganzes steht, zu bewältigen.

413 (48) Frauenrechte sind Menschenrechte. Die Verwirklichung von Frauenrechten, der
414 Schutz vor
415 geschlechtsspezifischer Verfolgung und Diskriminierung sowie eine aktive
416 Mädchen- und
417 Frauenförderung in allen Bereichen sollen die internationale Politik leiten.

418 (49) Das vereinigte Europa ist ein einzigartiges Friedensprojekt. Gegen einen
419 autoritären
420 Nationalismus ist das Versprechen der europäischen Einigung auf Frieden,
421 Freiheit,
422 Solidarität und Stabilität wichtiger Anker multilateraler und
423 menschenrechtsorientierter
424 Politik in der Welt.

425 (50) Humanitäre Verantwortung und internationale Solidarität bestimmen unser
426 politisches
427 Handeln. Unser Ziel ist eine weltweite Ordnung mit internationalen
428 Institutionen. Sie soll
429 Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit sichern, Armut verringern, den
430 gleichberechtigten Zugang
431 zu globalen Gemeingütern ermöglichen, Demokratie fördern, die gleichberechtigte
432 Teilhabe von
433 Frauen und Minderheitengruppen garantieren und das Klima schützen, wie es in den

434 Zielen für
435 nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen vereinbart ist.

436 Bündnispartei: Gemeinsam in Vielfalt

437 (51) Als Bündnispartei einen uns die beschriebenen Grundwerte. Wir sind aus
438 verschiedenen
439 Wurzeln zusammengewachsen. Sie liegen in der Öko- und Anti-Atom-Bewegung, der
440 Frauen- und
441 Bürgerrechtsbewegung, der Lesben-, Schwulen-, Eine-Welt- und Friedensbewegung
442 sowie der
443 Freiheitsbewegung der friedlichen Revolution. Wir entwickeln uns seit vier
444 Jahrzehnten
445 stetig weiter – neue Menschen und neue Perspektiven kommen hinzu und geben
446 unseren Werten
447 und Zielen Kraft. Unsere Mitglieder und unsere Wähler*innen sind vielfältig. Die
448 Vielfalt
449 unserer Partei ist unsere politische Stärke.